

Aussprache

„Karl Marx und die Presse“

Der Meinung von Dr. *Hansjürgen Koschwitz* in seinem Aufsatz über „Karl Marx und die Presse“ (GM Januar 1970), die heutige sozialistische Pressetheorie sei nicht in Übereinstimmung mit Marx, vermag ich mich nicht anzuschließen.

Die Mitarbeit von Marx an der *Rheinischen Zeitung* muß unter Berücksichtigung der Klassenverhältnisse der damaligen Zeit betrachtet werden, sonst ergeben sich m. E. falsche Schlußfolgerungen.

Die Tätigkeit von Marx bei der *Rheinischen Zeitung* liegt im wesentlichen vor der Revolution von 1848. Die von der damals in Preußen noch nicht zur Herrschaft gelangten Bourgeoisie und ihren Organen — die *Rheinische Zeitung* war eines davon — geforderte Pressefreiheit war durchaus kein Eintreten für Freiheit an sich, sondern die Bourgeoisie brauchte eine „freie“, d. h. von den Zensurfesseln des damals noch nicht von der Bourgeoisie, sondern von feudalistischen Kräften des Adels beherrschten Staates, um ihre Interessen propagieren zu können. Es traf hier genau zu, was Marx und Engels in der „*Deutschen Ideologie*“ erklärten: „Jede neue Klasse nämlich, die sich an die Stelle einer vor ihr herrschenden setzt, ist genötigt, schon um ihren Zweck durchzuführen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen.“ *)

Marx hat die in einer bestimmten historischen Periode fortschrittliche Rolle der Bourgeoisie nie geleugnet, und da die Bourgeoisie

damals in Preußen noch eine fortschrittliche Rolle spielte, war auch die Forderung nach Pressefreiheit für sie fortschrittlich.

Wenn Marx aber für die weitere geschichtliche Entwicklung die Übergangsperiode zwischen kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaftsordnung ausdrücklich als „revolutionäre Diktatur des Proletariats“²⁾ definiert, so liegt die Betonung hier eindeutig auf Diktatur, d. h. auf Unterdrückung der Bourgeoisie und ihrer Ideologie, die sich während der Herrschaft der Bourgeoisie zur herrschenden Ideologie entwickelt hat, denn „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“³⁾

Darum ist es nur folgerichtig, daß die neue herrschende Klasse, d. h. in den sozialistischen Ländern das Proletariat, ihre Ideologie propagiert und die bürgerliche Ideologie unterdrückt, denn mit der Enteignung der Produktionsmittel und von Grund und Boden ist die bürgerliche Ideologie nicht tot, sind die alten Sitten und Gebräuche, die bürgerlichen Denkweisen nicht verschwunden.

Lenin hat bereits 1905 erklärt: „Ich muß Dir im Namen der Freiheit des Wortes das volle Recht einräumen, zu schreien, zu lügen und zu schreiben, was Dir behagt. Du aber mußt mir im Namen der Freiheit des Verbandes das Recht einräumen, mit Leuten, die das oder jenes sagen, ein Bündnis zu schließen oder zu lösen ...“ „Zweitens, meine Herren bürgerlichen Individualisten, müssen wir Euch

1) Marx-Engels, Werke Bd. 3, S. 47.

2) ebenda Bd. 19, S. 28.

3) ebenda Bd. 3, S. 46.

sagen, daß Eure Reden über absolute Freiheit eine einzige Heudielei sind ... Herr Schriftsteller, sind Sie frei von Ihrem bürgerlichen Verleger? . . . Man kann nicht zugleich in der Gesellschaft leben und frei von ihr sein ...“*)

Die Pressefreiheit in der Praxis sei nur kurz an folgenden Beispielen erläutert:

Der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat in einem Urteil vom 18. Februar 1970 die Beschlagnahme von rund 60 000 Exemplaren des Programmtextes der KPD bestätigt. Die KPD sei in keiner Weise legitimiert, in irgendeiner Form staatsbürgerliche Aufklärung zu treiben.

In die Grundsatzklärung der DKP durfte die Forderung von Marx nach „Diktatur des Proletariats“ nicht aufgenommen werden, was zu dem nachdenklichen Schluß führt, daß Marx, würde er heute die Diktatur des Proletariats in Zeitungen, Broschüren usw. propagieren, in der Bundesrepublik wiederum nur die Wahl hätte zwischen einem Verfahren wegen Staatsgefährdung oder der Emigration.

Das zeigt, daß es eine über den Klassen stehende Presse- oder Literaturfreiheit nicht gibt.
Otto Henke

*) Lenin, Werke 10, S. 32/33.

Zeitschriften-Spiegel

Futurum — Zeitschrift für Zukunftsforschung

Die Zeitschrift *Futurum*, seit 1968 herausgegeben von *Ossip K. Flechtheim* in Zusammenarbeit mit bekannten internationalen Persönlichkeiten, liegt nun bereits in zwei stattlichen Bänden vor. Wir müssen uns hier darauf beschränken, einige wichtige Arbeiten zu nennen und damit nachdrücklich auf diese wichtige Zeitschrift hinzuweisen (Verlag Anton Hain KG, Meisenheim am Glan).

Der 1. Band bringt einige grundlegende, in die Probleme der Zukunftsforschung und damit dieser Zeitschrift einführende Aufsätze. So informiert *Ossip K. Flechtheim* über die Entstehung des vor einem Vierteljahrhundert von ihm geprägten Begriffs Futurologie und über die Methoden und Aufgabenbereiche der Futurologie. *Richard F. Behrendt* (gleichfalls FU, Berlin) untersucht die für die dynamische Gesellschaft von heute und morgen notwendigen „Tugenden“, d. h. gesellschaftlichen Verhaltensweisen.

Karl Hohn (Mainz) vermittelt einen Überblick über Biologie und Medizin von morgen, während *Horst Wagenführ* (Tübingen) über technische Zukunftstrends informiert und *Johan Galtung* (Oslo) die Zukunft des internationalen Systems darstellt. *Erich Müller-Gangloff* (Berlin) entwickelt unter dem Titel „Frieden 1971“ sehr diskussionswürdige „Perspektiven für eine kühnere Politik“.

Sehr wertvoll ist in diesem 1. Band eine von *Robert Jungk* (Berlin) zusammengestellte Dokumentation über die bisher bestehenden Institutionen, Institute und Gesellschaften für Zukunftsforschung.

Band 2, Heft 1, beginnt mit einem Aufsatz von *Klaus Lompe* (Köln) über das Verhältnis

der „Zukunftsforschung“ (vom Autor in Anführungszeichen gesetzt) zur Wissenschafts- und Regierungslehre. Futurologie versuche, mit „Zwangslagen“ fertigzuwerden, die die Menschheit in vieler Hinsicht bedrohen; sie sei deshalb eine auf das Handeln bezogene Disziplin. „Sie kann als Prognose- und Handlungswissenschaft dann Basis der politischen Programmatik Planung sein, wobei sie keineswegs nur ‚Herrschaftswissen‘ zu produzieren braucht, sondern gerade durch unbequeme Beratung mithilft, den Status quo planvoll zu überwinden.“ Futurologie beschäftige sich mit drei Problemkreisen:

1. Festlegung operationaler Ziele zukünftiger Gestaltung.
2. Vorausdenken von Konstruktionen für mögliche „Zukünfte“ (Aufstellung von Simulationsmodellen)
3. Prognose auf Grund vorhandener Daten (durch Extrapolation, Induktion oder Analogieverfahren).

Da aber nicht alle Daten sozialwissenschaftlicher Prozesse quantifizierbar seien, enthalten Prognosen als Voraussetzungen politischer Entscheidungen immer ein kalkulierbares Risiko, das man aber durch Rückkoppelungskombinationen reduzieren könne. Konkurrierende politische Gruppen sollten in Zusammenarbeit mit kritischer Zukunftsforschung umfassende Zukunftsentwürfe erarbeiten und der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen, sagt *Klaus Lompe*.

Dieter Klein (Ost-Berlin) kritisiert die westliche Futurologie, weil sie die nicht lösbaren Widersprüche des Spätkapitalismus (Eigentums- und Klassenverhältnisse) verschleierte und dabei vernachlässige, daß er trotz steter Erneuerung seines „Organismus“ und seiner Zellen nur in den Sozialismus einmünden könne.

Jürgen Heinrichs (Hamburg), beschreibt die Aktualität der Welternährungskrise und wen-

det sich entschieden dagegen, daß die Ergebnisse der Zukunftsforschung über Bevölkerungsentwicklung und Hungerkatastrophen gern dazu benutzt würden, von „der aktuellen Hungersituation und dem Versagen derjenigen, die daran etwas ändern könnten, abzulenken.“

Bodo Marstein (Detmold), stellt die Leistungen und Grenzen der modernen Medizin dar und meint: „Das Krankenhaus als Übungsfeld für technisch-organisatorische Höchstleistungen und umfassende tätige Menschenliebe scheint mir geeignet zu sein, sichtbare Aufklärung darüber zu geben, in welchem Umfang der Mensch sein Verhältnis zur Technik und ihren Gebrauch zu humanisieren vermag.“

Carl Bohret (Berlin), stellt am Beispiel der USA die wichtige Rolle des Planning-Programming-Budgeting System (PPBS) dar. Es bringe die finanziellen Mittel einer Regierung, die kollektiven Bedürfnisse einer Nation und deren mögliche Befriedigung durch Regierungsprogramme in ein System. In den USA bediente sich zuerst das Verteidigungsministerium des PPBS, heute ist es von der Regierung allgemein übernommen worden.

Werner Kunz (Heidelberg), erläutert in einem Forschungsbericht den Begriff der Systemanalyse (für Natur- und Sozialsysteme), einer neuen über die Kybernetik hinausgehenden wissenschaftlichen Methode.

Band 2, Heft 2 beginnt mit der Frage dreier Berliner Soziologen, welche Beiträge die sozialwissenschaftliche Forschung zur Vorausschau und Bewältigung von Zukunftsfragen leisten könne. Der Sozialwissenschaftler müsse aus einer Bestandsaufnahme der vorhandenen Strukturen, Motivationen und Gruppierungen Modelle entwickeln, die Lösungsmöglichkeiten für die geschichtliche Oberleitung in befriedigendere Gesellschaftsformen darstellen. Dies wird an den Beispielen der Verwaltung, der Wirtschaft und der Familienerziehung gezeigt.

Peter Menke-Glückert (Paris), beschäftigt sich mit den Zielen und Methoden der Friedensforschung, genauer gesagt der Konfliktforschung. Die Politik habe mit dem stürmischen Fortschritt in Wissenschaft und Technik nicht Schritt gehalten. „Das apokalyptische Tier Krieg soll gefesselt, überlistet, gebändigt werden durch Gebrauch von Vernunft, durch Bloßlegen, durch Desillusionierung, des Mechanisch-Zwangsläufigen im militärischen Denken.“ Wichtigstes Ziel der Konfliktforschung sei die Planung des Friedens als einen positiven Zustand in der Zukunft; dann 2. Aufklärung, Information, Aufdeckung von Klischees, Vorurteilen, Trugschlüssen, 3. Systematische Ordnung unseres Wissens über politische und soziale Konflikte; 4. Ziel der Konfliktforschung als neuer Disziplin sei es ernstgenom-

men zu werden; 5. Professionalisierung der Konfliktforschung, das heißt Ausbildung zu einem neuen Beruf, dem Friedensschlichter oder Planungsfachmann für die Regelung politischer Konflikte.

Konfliktforschung als selbständige Disziplin wende folgende Methoden an: 1. die Systemanalyse der Außenpolitik, die sich mathematisierter und quantifizierender Verfahren bediene; 2. die Theorie des rationalen Konfliktes und 3. die Verfeinerung und Technisierung der Methoden der angewandten Sozialwissenschaften.

Menke-Glückert schließt: „Konsequente Friedensplanung ist die einzige Chance, Europa und damit der Bundesrepublik Deutschland wieder eine glaubwürdige Rolle in der Weltpolitik zwischen den Atomgroßmächten zu geben.“

Der unorthodoxe kommunistische Theoretiker *Lucio Lombardo Radice* (Rom) beschäftigt sich mit dem engen Zusammenhang zwischen Erziehung und Revolution. — In weiteren Beiträgen dieses Heftes werden zukunftsorientierte Bildungs- und Arbeitskräfteforschung diskutiert wie die Zukunftsvorstellungen bei deutschen Ober-, Mittel- und Volksschülern und *Teilhard de Chardins* gesellschaftspolitische Konzeption als Zukunftsmodell.

Band 2, Heft 3 enthält wissenschaftstheoretische Betrachtungen über Gegenstand, Methoden und Grenzen der Futurologie aus einer umfassenden Untersuchung von *Georgi Schischbkoff* (München).

Heiner Stück (Berlin) kritisiert die Theorien von *Gehlen* und *Schelsky*, wonach die Herrschaft von Technokraten als Herrschaft von Subjekten verneint und behauptet wird, daß im „technischen“ Staat Herrschaft zugunsten immanenter Sachgesetzmäßigkeiten des technischen Fortschritts aufgelöst werde.

Heinz Kress und *Peter Mertens* (Linz) beschreiben die Mensch-Maschinen-Kommunikation als Vorbereitung für Entscheidung und Planung. Der Computer könne nur mit dem Menschen zusammenarbeiten, nicht ihn ersetzen.

Futurum bringt außerdem in jeder Nummer die Rubriken Diskussion, Forschungs- und Literaturberichte und Buchbesprechungen.

Hinweise

Politische Studien, Zweimonatsschrift für Zeitgeschichte und Politik, ist ins 3. Jahrzehnt ihres Erscheinens eingetreten. Der Herausgeber Dr. *Günter O/zog* (in dessen Münchner Verlag die Zeitschrift erscheint) kündigt für diesen 21. Jahrgang eine Veränderung an: künftig sollen drei der sechs jährlich erscheinenden

Hefte ausschließlich *einem* Thema gewidmet sein. So ist das Heft 189 (Januar/Februar 1970) der Frage „Kann die Wissenschaft den Frieden sichern?“ unterstellt, mit Abhandlungen zu folgenden Themen: Das Friedensproblem in staatstheoretischen Denken seit der Antike — Aspekte einer Psychologie der Friedenssicherung — Antagonismus, Koexistenz oder Konvergenz west-östlicher Wirtschaftssysteme — Wirtschaftskrisen sind kein Schicksal — Von der Vermeidbarkeit extremer Konjunkturzyklen — Soziologie und Friedensforschung — Rüstungspolitik und Friedensstrategie — Völkerrecht und Kriegsverhütung — Wissenschaft im politischen Entscheidungsprozeß. Ferner gibt Dr. *Klaus Kohle*, der in die Redaktion der Zeitschrift eingetreten ist, zusammen mit *Eckhard Spannraft* eine Dokumentation über „Institutionelle Schwer-

punkte der Friedensforschung“, und auch die in diesem Heft rezensierten Bücher gehören zum Themenkreis „Frieden“.

Eine kleine Zeitschrift *Analysen und Prognosen über die Welt von morgen* gibt das Zentrum Berlin für Zukunftsforschung e. V. (Berlin 31, Hohenzollerndamm 170) seit 1969 heraus; das jetzt vorgelegte Heft 7 bringt neben Informationen und Dokumentationen eine Abhandlung „Zukunftsperspektiven für die Automatisierung in der betrieblichen Fertigung“.

Eine lesenswerte kritische Betrachtung „Friedensforschung vor falschen Alternativen“ hat *Hans Bosse* im Februarheft 1970 der Monatschrift *Evangelische Kommentare* (Kreuz-Verlag, Stuttgart) veröffentlicht.

Barbara Skriver / *Walter Fabian*

Buchbesprechungen

Helmut Wolfgang Kahn

Die Russen kommen nicht

Fehlleistungen unserer Siderheitspolitik. Verlag Rütten und Loening in der Scherzgruppe, München 1969. 262 S., Ln. 19,80 DM.

Es geschieht selten genug, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Buch über Fragen der Landesverteidigung erscheint, das sich kritisch mit dem auseinandersetzt, was nun einmal Tatsachen sind, und das bei aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit der Kritik nicht verneinend oder gar ablehnend verbleibt. Dennoch hat dieses Buch, von dem ein ausländischer Fachmann meinte, es wäre zu begrüßen gewesen, wenn eine solche Analyse von der Hardthöhe angestellt worden wäre, in der deutschen Fachpresse selbstverständlich scharfe Ablehnung gefunden. Warum? Weil es ein Tabu untersucht, weil es unabhängiges Denken und Beobachten bekundet. Das ist in den Augen gedankenloser, sturer Marschierer so gut wie Verrat am Vaterlande. Nichts ist solchen Zeitgenossen auch heute noch unantastbarer als die Landesverteidigung, mag sie tun oder unterlassen was sie will.

Der Verfasser beschäftigt sich mit der Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr ist für die Sicherheit der Bundesrepublik geschaffen worden; sie soll als Instrument der Bundesregierung dem einzigen und entscheidenden Ziel der deutschen Politik dienen, den Frieden zu erhalten. Der Friede sei für die Bundeswehr der Ernstfall, so hat es *Graf Baudissin* einmal ausgedrückt, und der Hamburger Bürgermeister Prof. Dr. *Weichmann* hat kürzlich vor einem Lehrgang in der Stabsakademie der Bundeswehr in Hamburg darauf hingewie-

sen, daß politische Ziele nicht mehr mit militärischen Mitteln erreicht werden können und dürfen. So lag nahe, daß der Verfasser die Frage stellte, ob die Bundeswehr der ihr gestellten Aufgabe gemäß organisiert, ausgerüstet und ausgebildet sei oder werde und ob das Konzept der Sicherheitspolitik diesen Grundauffassungen von der Aufgabe und Position der Bundeswehr entspreche.

Vielleicht hat Helmut Wolfgang Kahn, der überaus fleißig Material gesammelt hat („zusammengelesen“ habe er es, so schreibt ein dümmlicher Kritiker), nicht immer die besten Beispiele gewählt, und vielleicht hat er nicht immer unangreifbar richtige Folgerungen gezogen. Vielleicht gibt es keinen Unterschied zwischen Defensiv- und Offensivwaffen — und was der möglichen Einwände mehr sein können. Aber in diesem Buch wird Material ausbreitet. Wer es widerlegen will, der müßte es ohne Polemik, ohne Schimpf, genauso sachlich tun, wie Kahn es unternommen hat, Fehlleistungen festzustellen, nicht um sie anzuprangern, sondern um sagen zu können: „Wenn die Bundesrepublik so sehr bedroht ist, wie die Bonner Sicherheitspolitiker behaupten, muß es empören zu sehen, wie wenig echte Sicherheit sie geschaffen haben, wieviel Fehlleistungen auf ihr Konto kommen, welche Risiken sie überhaupt erst herausgefordert haben.“

Kahns Folgerung, das Volk könne vielleicht eines Tages solche „Sicherheitspolitiker“ verfluchen, falls etwas von diesem Volke übriggeblieben sei, wenn die Probe auf das Exempel gemacht werden mußte, diese Folgerung zeigt die Tendenz der Prüfung.

Wie eine nachträgliche Rechtfertigung solcher Untersuchungen und Feststellungen liest sich der Mitte Januar 1970 bekannt gewordene Bericht des Bundesrechnungshofes über das

Verhalten des Bundesverteidigungsministeriums in der Auswahl wichtiger Waffensysteme und in der Beurteilung ihrer Einsatzfähigkeit. Frühere Berichte enthielten ähnliche Feststellungen. Da nicht bekannt wurde, daß jemals Konsequenzen gezogen worden sind, erscheint ein Buch, das Folgerungen sucht und unternimmt, nur um so mehr legitimiert.

Der wesentliche Vorwurf, den das Buch erhebt, lautet, die Landesverteidigungskonzeption sei mit dem Motiv der Furcht vor dem Einmarsch der Russen, mit dem Argument von der Weltrevolution des Kommunismus, begründet und aus ihm entwickelt worden. Dazu wäre zu sagen, daß eine Nation verloren ist und sich selbst verloren gibt, die ihre Verteidigungsbereitschaft und -kraft nicht aus der Moral der Bürger entfaltet und aus ihrem Willen, Haus und Hof, Recht und Freiheit zu verteidigen und zu bewahren, die vielmehr die Angst vor einem Schreckbild für wirkungsvoller und zugkräftiger hält. Das Buch legt die Finger, nein, es legt beide Hände auf diese Wunde, die in der Wirklichkeit der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen schwärt. Sie wurde von Traditionalisten und solchen gerissen, die hinter Uniform und Soldatentum Kastengeist und Dünkelhaftigkeit verbergen, die Verteidigungswillen mit Kasernenmilieu und mit Unter- und Oberordnung verwechseln und mehr an die Wahrung von Vorrechten einer Gruppe der Gesellschaft denken als an die Nation und ihre Verpflichtung in der Gemeinschaft der Völker.

Fritz Sängler

Wolfgang Plat

Begegnung mit den anderen Deutschen

Gespräche in der Deutschen Demokratischen Republik. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1969. 367 S. mit 86 Abb., kart. 14,80 DM.

Hanns Werner Schwarze

Die DDR ist keine Zone mehr

Kiepenheuer 8c Witsch, Köln-Berlin 1969. 498 S., Ln. 20,— DM.

Zwei neue Bücher über die DDR wollen dem schlecht und teils auch falsch informierten Bundesbürger ein realitätsnäheres Bild über unser Nachbarland vermitteln, um damit das Verständnis zu fördern, aber auch unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit einen Spiegel vorzuhalten. Beide Autoren haben lange Reisen gemacht und belegen ihre Beobachtungen mit authentischen Äußerungen von DDR-Bürgern. Dennoch kommen sie zu recht unterschiedlichen Ergebnissen.

Wolfgang Plat reist als offizieller Gast mit Begleiter und Fotograf und interviewt nur ihm vermittelte Gesprächspartner, mit der Absicht,

die „Normalität der Verhältnisse in einem sozialistischen Staat in der Entwicklung und unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen“ zu zeigen. Die DDR ist für ihn „nicht einfach der gesellschaftliche Antipode der Bundesrepublik Deutschland, sondern sie ist eine mögliche und aller Wahrscheinlichkeit nach notwendige Alternative zum alten deutschen Reich“. Dies ist eindeutig Parteinahme im Sinne der SED, Kritik ist nicht mehr zu erwarten. Plats Interviewpartner, seien sie nun Arbeiter, Bauern, Künstler, Wissenschaftler oder Funktionäre, denen im Buch mehr Platz eingeräumt wird als den Kommentaren des Autors, sagen kein Wort, das man ihnen übelnehmen könnte, und sie werden dazu auch gar nicht erst provoziert. Die Fragen sind Stichwortgaben zur Selbstdarstellung in rosarot, Plat hakt nicht ein, wenn die Aussagen nachweislich falsch sind; er lenkt sogar ab, wenn der befragte Bauer zur Kritik an der Kollektivierung der Landwirtschaft 1960 ansetzt.

Raddatz formuliert in einem Nachtrag seine Einwände gegenüber dem Autor wie mangelnde Distanz zum Stoff, Gleichsetzung von Sozialismus und DDR unter Vernachlässigung neo-marxistischer Kritiker wie *Habermas*, *Sik*, *Kolakowski*. Wolfgang Plat antwortet darauf ebenfalls im Anhang, man könne doch nicht von ihm verlangen, daß er seinen grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt aufbehalte. Und im übrigen bestehe keinerlei Notwendigkeit für die Wissenschaftler in der DDR, sich mit Ideologiekritik auseinanderzusetzen, da sie doch genug zu tun hätten, ihre eigene Theorie in die Praxis umzuwandeln.

Trotz allem ist dieses Paperback einer größeren Leserschicht zu empfehlen, weil es sehr genau das Selbstverständnis der Herrschenden beschreibt.

Hanns Werner Schwarze läßt dagegen die Mehrheit der DDR-Bevölkerung sprechen; er hat als jahrelanger Beobachter der DDR in seiner Eigenschaft als Redakteur der Fernsehreihe „drüben“ ein unbefangeneres Verhältnis zu seinem Gegenstand. Sein „Kaleidoskop ostdeutscher Gegenwart“, zusammengesetzt aus eigenem Bericht oder Kommentar, eigenen oder wiedergegebenen Gesprächen, Berichten anderer Journalisten oder Augenzeugen, Briefen, Reden und Analysen, ist ein leichtverständliches und lesbares Buch, eine Art „Knigge oder Pappritz vom Umgang mit Menschen aus der DDR“, wie er selbst schreibt. Und da es ebenso wie das Buch Plats die zum Verständnis wichtige Geschichte einbezieht und sich andererseits um Ausblicke in die Zukunft bemüht, stellenweise sogar konkrete Hinweise gibt, wie bundesdeutsche Ostpolitik handeln müßte, um eine Situation des „Desinteresses und der Unkenntnis im Westen“, die im Osten „Verbitterung, Resignation und Selbstgefühl“ erzeugt habe, zu verändern, ist es, parallel zu Plat ge-

lesen, ein ergänzendes Korrektiv. Beide Bücher zusammen informieren, glaube ich, wirklich umfassend über die DDR im Jahre 1969. Auch Hanns Werner Schwarze ist, sogar von wohlwollenden Kritikern, ein positives Vorurteil vorgeworfen worden. Ich halte das angesichts der Flut antikommunistischer Lektüre dieser Art für ganz unbedenklich, da wir über Unfreiheit usw. ja sehr gut Bescheid wissen. Es gibt kaum eine Äußerung, die ich nicht auch schon in der DDR gehört hätte, und eigentlich keine typische, die nicht in irgendeiner Form bei ihm vorkommt.

Das Wichtigste an der Darstellung von Schwarze scheint mir die in dieser Form sehr differenzierte Beschreibung der Bürger, ihres Alltags, Lebensstils, ihrer Denk- und Verhaltensweisen zu sein. Wir haben einfach zur Kenntnis zu nehmen, daß die junge Generation drüben in ihrer Mehrheit als Alternativen nur noch einen bürokratischen Sozialismus oder eine sozialistische Demokratie sieht; der Kapitalismus in seiner jetzigen Form ist nur noch für die wenigsten attraktiv.

Für die Zukunft West-Berlins sieht Schwarze die einzige Lösung in einer neuen Vermittlerrolle zwischen Ost und West, als Ergebnis von Verhandlungen, bei denen Garantien für die Zufahrtswege erhalten werden müssen. „Sollte sich die Bundesregierung nicht primär auf die Interessen der zwei Millionen Westberliner konzentrieren, die sie noch mitvertreten kann?“

Barbara Skriver

Edvard Bull

Sozialgeschichte der norwegischen Demokratie

Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969. 88 S., kart. 10,80 DM.

Dieses Buch ist aus einer Vorlesungsreihe an der Heidelberger Universität durch Initiative von Professor Dr. *Werner Conze* entstanden. Es gibt eine gedrängte aber sehr anschauliche Übersicht über die gesellschaftliche Entwicklung Norwegens vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Es zerstört zugleich eine bei uns häufig anzutreffende Legende über die Gleichheit der Entwicklung in den skandinavischen Ländern.

Norwegen hat trotz seiner langen Zusammengehörigkeit mit Dänemark und der späteren Union mit Schweden seine ganz spezielle wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung. Der ganz entscheidende Unterschied zu fast allen europäischen Ländern ist das freie Bauerntum, das Fehlen des Feudalismus und der damit zumeist verbundenen Herrschaft des Adels. Die Herren im Lande waren zunächst die Beamten der dänischen Könige,

dann kamen die Vertreter der Bauern, und beide zusammen haben lange die entscheidende Rolle in der Gesetzgebung und Herrschaft des Landes gespielt. Beide zusammen hatten kein besonderes Interesse an der Industrialisierung des Landes; ihre Parteien beherrschten das Parlament (Storting) und zogen auch die ersten Repräsentanten der Arbeiterschaft an sich.

Erst ziemlich spät entstehen Gewerkschaften und die Norwegische Arbeiterpartei, die den Sozialdemokraten anderer Länder entspricht. Auch ohne Feudalismus gab es lange eine starke Abhängigkeit der Häusler und Industriearbeiter von ihren Arbeitgebern. Erst nach Beginn der Industrialisierung in den Städten, mit dem Eisenbahnbau und den Werften entsteht ein größeres Proletariat, daß seinen Kampf um bessere Lebensbedingungen als Klassenkampf führt.

Trotz aller Schwierigkeiten für die unteren Schichten, die erst nach dem ersten Weltkrieg und den ersten Regierungen unter Führung der Arbeiterpartei langsam überwunden werden konnten, war die demokratische Entwicklung des Landes nie ernsthaft gefährdet. Die tiefe Verwurzelung der politischen Demokratie in Norwegen hat nach Bull ihre Hauptursache im Fehlen des Feudalismus in der Geschichte des Landes. Allerdings haben die Norweger die Freiheit auch nicht geschenkt bekommen. Aber die Lösung von Dänemark, die friedliche Trennung von Schweden 1905 und die deutsche Besetzung im zweiten Weltkrieg haben das Freiheitsbewußtsein gestärkt und die Norweger zu selbstbewußten Demokraten geformt.

Wie wäre wohl die deutsche Geschichte verlaufen, wenn man sich Preußen ohne Feudalismus vorstellen könnte!

Peter Blachstein

Edwin Buchholz

Die Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft

Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen Bd. 6. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1969. 270 S., Ln. 47,— DM, broschf. 42,— DM.

Wenn von der Vorhitzerzeit abgesehen wird, so haben vor nun etwa 20 Jahren zunächst nur die Staats- und Verwaltungsrechtler erneut begonnen, sich mit der Rolle der „Verbände“ in Staat und Gesellschaft zu beschäftigen. Ihnen sind in zunehmendem Maße die Wirtschaftswissenschaftler, Politologen und Soziologen gefolgt. Im Rahmen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Sozialpolitik) wurde vor 10 Jahren damit angefangen, in verschiedenen Arbeitsgruppen die Verbändeforschung syste-

matischer zu betreiben. Den Wirtschaftswissenschaftlern, die hier am Werke waren und noch sind, geht es darum, umfassender als früher die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der *Wirtschaftsverbände* darzulegen und ihr Einwirken auf den Staat zu schildern. Ein Teil der Ergebnisse ist inzwischen in zwei Schriftenreihen publiziert und einige davon sind von mir in früheren Jahrgängen dieser Zeitschrift kritisch besprochen worden.

Buchholz macht nun in seinem neuen Buch den Versuch, diese Vorarbeiten und eigene Untersuchungen zu einer umfassenden Theorie der Wirtschaftsverbände zusammenzufassen. Es kann hier nicht näher untersucht werden, ob dies dem Verfasser gelungen ist. In der Tat hat er große Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Wirtschaftsverbände von kulturellen und politischen Verbänden und auch seine Aussonderung bestimmter Wirtschaftsverbände ist nicht immer überzeugend.

Hier interessiert insbesondere, was er über die *Gewerkschaften* sagt. Mein Einwand ist, daß er sie ziemlich unterschiedslos mit anderen Wirtschaftsverbänden auf die gleiche Stufe stellt, obwohl es sich bei ihnen gleichzeitig um Sozial- und Kulturverbände handelt, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verändern. Wer die Gewerkschaften nur als Wirtschaftsverbände betrachtet und dabei übersieht, daß sie nach wie vor auch „Bewegung“ sind, kann ihnen nicht voll gerecht werden.

Dies um so weniger, als *Buchholz* in seine wissenschaftliche Analyse Emotionen einfließen läßt und ohne sachliche Notwendigkeit etwa von „Gewerkschaftsliteraten“ (S. 119), oder von „Tricks“ (S. 117), oder vom „Giftschrank gewerkschaftlicher Willensbildung“ (S. 132) spricht, oder etwa von der Satzung der IG Druck und Papier behauptet, sie „dekretiere“ (S. 117) etwas.

Ungeachtet dessen empfehle ich möglichst vielen Gewerkschaftern, insbesondere das Kapitel über die Willensbildung in den Gewerkschaften gründlich zu lesen und zu überprüfen, welche Änderungen notwendig oder möglich sind. Auch was *Buchholz* über das Selbsthilfewesen der Gewerkschaften und insbesondere über ihre Unterstützungen sagt, ist, obwohl es sich hier nur um einen kurzen Abschnitt handelt, des Nachdenkens wert. *Buchholz* hätte allerdings vermerken sollen, daß er mit seiner Kritik bei den Gewerkschaften offene Türen einrennt, wofür die Reformdiskussion der letzten Jahre der beste Beweis ist.

Der Hauptwert des Buches für den Gewerkschafter beruht nicht in den vielen theoretischen Unterteilungen und einleitenden Kapiteln, sondern in der sehr gründlichen Materialsammlung über die Verbände der Wirtschaft. Hier ist wohl die bisher umfangreichste Zusammenstellung und Analyse der

wirklichen Machtverteilung in den Verbänden der Wirtschaft vorhanden. Wenn *Buchholz* Verstöße gegen die demokratische Willensbildung in den Gewerkschaften nicht mit Unrecht kritisiert, so erscheinen diese Teile doch zahm im Verhältnis zu der vernichtenden Kritik, die er an der „demokratischen“ Willensbildung in den Verbänden der Wirtschaft, insbesondere in den Unternehmerverbänden, dem Bauernverband und dem BDI übt. Hier sind Unterlagen zusammengetragen, die dem Gewerkschaftsfunktionär sehr nützlich sein können.

Dr. Kurt Hirche

Irene Schlupp

Gut begonnen — halb gewonnen

7 x 7. Kapitel für Jungen zum Berufsbeginn. Verlag Josef Knecht, Frankfurt am Main 1968. 206 S., geb. 10,80 DM.

Jutta Fröhlich Lebenshilfen im Betrieb

Katzmann Verlag, Tübingen 1967. 87 S., engl. brosst. 6,80 DM.

Irene Schlupp wird vom Verlag vorgestellt als Ausbildungsleiterin kaufmännischer Lehrlinge in einem Warenhauskonzern; von ihr erschien bereits ein Buch für Mädchen zum Berufsbeginn. Das jetzt vorliegende ist ausschließlich für Jungen bestimmt, für Volksschüler, die eine Lehre beginnen wollen. Die strenge Trennung der Geschlechter befremdet etwas, denn die angesprochenen Themen gehen selbstverständlich Jungen wie Mädchen an: Die wohlüberlegte Berufswahl, Beratung durch das Arbeitsamt, die Form der Bewerbung, Unterlagen, Einstellungsgespräche, Lehrvertrag, Prüfungsbedingungen, Jugendschutzgesetz, Arbeitsrecht, Möglichkeiten der Ausbildungsförderung und Weiterbildung.

Ganz vernünftig und nützlich, sollte man meinen; doch leider spielt das alles in einer Welt, die auf fatale Weise in Ordnung ist, in einer allzu naiven Lesebuch-Atmosphäre mit den entsprechenden Vater-, Mutter-, Lehrer- und Meisterbildern, durchsetzt mit pseudo-moralischen Verhaltensvorschriften. Hier einige Kernsätze: „Eines jeden Menschen Schicksal heißt Arbeit“ (S. 7), „Erfolg ist Charakter-sache“ (S. 14), „Du arbeitest und bist frei. Deine Arbeit macht dich frei“ (S. 28), „Passe dich an, füge dich ein. Schwimme nicht gegen den Strom“ (S. 100), „Von dir hängt alles ab. Was du wirst und wie. Auch wo.“ (S. 56), „Dein Gewinn und der Gewinn des Betriebes, das ist später dasselbe“ (S. 147), „Wie der Diamant, so gewinnst auch du Schärfe, Lichtkraft und Wert dadurch, daß du dich schleifen läßt“ (S. 147).

Der Stil ist dem der Bild-Zeitung nachempfunden; häufige Imperative und „du sollst“ — du mußt“, bis zu elf mal auf einer Seite, bereichern diesen Text, dem das Prädikat „nicht empfehlenswert“ nicht vorzuenthalten werden kann.

Etwas fortschrittlicher gibt sich das kleine Bändchen von *Jutta Fröhlich* „Lebenshilfen im Betrieb“, aus einer von *Ulrich Beer* herausgegebenen Schriftenreihe erzieherischer Arbeitshilfen. In burschikosem Plauderton wendet es sich vorwiegend an Jugendgruppenleiter, die Berufsanfänger betreuen. Die Themen „Betriebsklima“ und „Freizeit“ stehen im Vordergrund, häufig werden Aussagen Jugendlicher zitiert, z. B. „Im ersten halben Jahr habe ich mich öfters auf die Toilette verkrochen und geheult“ (S. 31), „Ich loofe immer so rum, laß mir begucken oder schlaf schön lange, wat soll ich sonst tun?“ (S. 57).

Gesellschaftliche Zusammenhänge bleiben ausgeklammert. Der kleine Band gibt Anregungen, wie man Jugendliche überhaupt für die Gruppenarbeit gewinnen kann und bietet Arbeitshilfen an, z. B. das Soziodrama, in dem typische, heikle Betriebssituationen gespielt und anschließend diskutiert werden. Im Anhang wird, nach Themen geordnet, auf entsprechende Literatur, Filme und Tonbänder hingewiesen; die ausleihenden Landesbildstellen- und Filmdienste sind angegeben.

Eva Lorenz

Festschrift für Adolf Arndt

Zum 65. Geburtstag herausgegeben von Horst Ehmke, Carlo Schmid, Hans Scharoun. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969. 520 S., Ln. 68,— DM.

Ober den Inhalt der umfangreichen Festschrift für Adolf Arndt, die im Unterschied zu anderen Festschriften mit vielen wichtigen Beiträgen das Werk, die Leistung oder doch die Gebiete der speziellen Wirksamkeit des Geehrten betrifft, ist in einer Besprechung nicht zu referieren — dazu ist sie zu reichhaltig und zu vielfältig. Es handelt sich um Arbeiten von 33 Autoren, und die Diktion ist recht verschieden. Es sind eine Reihe schwieriger, rechtsphilosophischer Arbeiten darunter, deren Verfasser sich auf den Höhen der Abstraktion leider nicht mit der stilistischen und gedanklichen Sicherheit Adolf Arndts bewegen. Außer den drei Herausgebern nenne ich wenigstens noch folgende Namen von Mitarbeitern: *Wolf gang Abendroth, Eugen Kogon, Gerhard Leibholz, Rene Marcic, Hans Mayer, Oswald v. Nell-Breuning, Fritz Werner, Georg August Zinn* und *Konrad Zweigert*.

Ich greife einige der Arbeiten heraus, an denen auch eine breitete Leserschaft Interesse und Zugang finden wird. Zuerst die Arbeit von *Horst Ehmke* über „Verfassungsrechtliche

Fragen einer Reform des Pressewesens“, die den durch die Pressekonzentration entstandenen Schwierigkeiten wesentlich näher rückt als die beiden amtlichen Kommissionsberichte (der *Acicfee*-Bericht und der *Günther-Bericht*). Nicht nur Möglichkeiten und Vorschläge werden erörtert, sondern auch bereits unternommene Versuche, den Gefahren für die Informationsfreiheit und die innere und äußere Pressefreiheit entgegenzuwirken. Verfassungsrechtlich bestehe für eine Reform ein nicht unerheblicher Spielraum: „Grundsätzlich wären Regelungen, die der Transparenz des Pressewesens oder der Verhinderung des Entstehens bzw. der Auflösung von Pressekonzernen dienen, ebenso zulässig wie gesetzliche Vorschriften über die innere Pressefreiheit, eine gewisse Selbstkontrolle der Presse oder aber auch eine beschränkte öffentliche Kontrolle von Presseunternehmen mit marktbeherrschender Position.“

Wichtiges und Neues bringt die Arbeit des Bundesverfassungsrichters Professor *Geiger* über „Die Grundrechte der Informationsfreiheit“. *Geiger* verwendet die Mehrzahl, weil es nämlich zwei Grundrechte sind: Erstens das Grundrecht des Bürgers, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“ und zweitens „die Freiheit der Berichterstattung“, beides nach Artikel 5 des Grundgesetzes. Die Reichweite dieser Rechte und ihre Abgrenzung gegenüber der eigentlichen Meinungsfreiheit sind bisher noch nicht so übersichtlich dargestellt worden. Der Leser wird in manchem Punkt Lust zum Widerspruch empfinden; aber die Darstellung ist sehr klar und von maximaler Sachkunde.

Pressefreiheit, und überhaupt der Problemkreis des ganzen Artikels 5, ist eines der großen Themen Adolf Arndts; vor allem war es der Gegenstand seiner so überaus wichtigen forensischen Tätigkeit vor dem Bundesverfassungsgericht. Es ist gar nicht auszumessen, welches Verdienst Adolf Arndt daran hat, daß unsere Grundrechte durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in gewissem Umfang Realität und Leben gewonnen haben. Diese Realität setzt zu allererst voraus, daß die Grundrechte von den Bürgern, einzelweises oder gruppenweise, in Anspruch genommen, geltend gemacht und gegen Widerstände durchgefochten werden. Es handelt sich um die für eine Demokratie lebenswichtigen Rechte und den Schutz von Minoritäten und oppositionellen Bildungen. Das ist der Gegenstand der ungemessen gedrängten und nicht immer leicht lesbaren Arbeit von *Helmut Ridder*: „In Sachen Opposition: Adolf Arndt und das Bundesverfassungsgericht.“ Darin werden die Rolle Adolf Arndts im Kampf um die Grundrechte und die Gedanken mit denen er das Bundesverfassungsgericht inspiriert und in Bewegung gesetzt hat, fast auf jeder Seite sichtbar. Zwar hält *Ridder* das erzielte Resultat in vielen

Punkten für unzureichend und kritikwürdig. Es haben sich nach seiner Meinung noch viele autoritäre und repressive Elemente konserviert. Aber wenn man das Beharrungsvermögen jeder Rechtsprechung und die Gravitation jeden staatlichen Gerichts — auch das Bundesverfassungsgericht ist eines — in Richtung auf das Zentrum der aktuellen politischen, staatlichen oder sonst mächtigen Interessen, oder was dafür gehalten wird, kennt, so wird man die Distanz, die das Bundesverfassungsgericht in vielen Entscheidungen von diesen Kräften bewiesen hat, schon für einen großen Fortschritt halten.

Man möchte nur hoffen, daß diese Fortschritte in Zukunft nicht allzu „maßvoll“ werden, um ein Wort seines heutigen Präsidenten zu zitieren. Das Verdienst Arndts bemißt sich auf alle Fälle nicht nach dem, was er erreicht, sondern nach dem, was er erstrebt und versucht hat. Schon das Erreichte ist respektabel; übrigens auch das, was Arndt in der Gesetzgebung des Bundes durch seinen Einfluß zustande gebracht hat. Davon ist in einigen anderen Beiträgen die Rede. So ist wohl speziell die Verfassungsbeschwerde, eines der wichtigsten Instrumente, mit denen unserem Grundgesetz Blut und Leben eingegeben wurde und werden wird, Arndts geistiges Kind. Das Grundgesetz kennt sie bekanntlich nicht. Sie ist im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht niedergelegt, das weithin von Arndt inspiriert und formuliert ist.

Dr. Richard Schmid

Der israelisch-arabische Konflikt

Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre. Herausgegeben und eingeleitet durch Heinz Abosdi. Aus dem Französischen von Matthias "Wolf. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt 1969. 450 S., broschf. 20,— DM.

Jean-Paul Sartre hatte die Absicht, dem Leser das Material in die Hand zu geben, das zu einem vertieften Verständnis des israelisch-arabischen Konfliktes notwendig sei. Im Bewußtsein der Unversöhnlichkeit der Gegensätze hat er eine Anzahl Araber und Israelis veranlaßt, sich zu dem Konflikt zu äußern. „Alle diese Artikel“ sagt Sartre in seinem Vorwort, „sind direkt für den Westen geschrieben worden und darüber hinaus für die ganze Welt. . . Also kein Dialog zwischen Arabern und Israelis. Dafür gibt es nun zwei Dialoge — zunächst im Ansatz: Israel mit dem Westen, Araber mit dem Westen.“

Die Aufsätze, bestimmt für eine Sondernummer der Zeitschrift *Les Temps Modernes*, wurden noch vor Ausbruch des Sechstagekrieges geschrieben, das Vorwort wurde acht Tage vor seinem Ausbruch verfaßt, und die Veröffentlichung erfolgte während des Krieges, also vor mehr als zweieinhalb Jahren. Und

trotzdem ist das Buch alles andere als überholt, denn es zeigt die Grundlagen — geistige, materielle und politische — des Konflikts auf, an denen sich durch die neueren Entwicklungen kaum etwas geändert hat.

Das Buch bringt zunächst zehn Aufsätze von Arabern, sieben aus arabischen Ländern von Marokko bis zum Libanon, aber hauptsächlich aus Ägypten, und drei von in Israel ansässigen Arabern. Es folgen sieben Aufsätze von jüdischen Israelis, die von sehr verschiedenen Gesichtspunkten aus die Lage betrachten.

In der Gruppe der in den arabischen Ländern lebenden Araber sind die Ägypter die radikalsten, d. h. sie lassen am Vorhandensein des Staates Israels keinen guten Faden, er ist imperialistisch, antizionistisch, räuberisch, unterdrückt die auf seinem Gebiet lebenden Araber, nachdem er die meisten verjagt hat. Daß die Sowjetunion 1947 eine der treibenden Kräfte bei der Beschlußfassung der UNO über die Errichtung des Staates war, wird z. B. verschwiegen, weil Israel nun einmal als Kind des westlichen Imperialismus beschrieben werden muß. Die anderen Araber (Libanon, Marokko), obwohl zur Sache nicht weniger eindeutig, vermeiden wenigstens geschichtsklitternde Demagogie. Eine „Unterredung mit Al-Fatah-Kommandos“ ergibt, daß sich die Al-Fatah-Leute offenbar schon vor dem Sechstagekrieg Illusionen über die Wirksamkeit ihrer Angriffe machten.

Die in Israel lebenden Araber — ein Moslem und zwei Christen — sind im Tone viel vorsichtiger; bei ihnen ist der Wunsch, zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu gelangen, natürlich stark entwickelt, da sie in besonderer Weise unter der Lage leiden, die sich einerseits materiell zu ihren Gunsten gebessert hat, aber andererseits sie zu einem mitunter mißtrauisch beobachteten Minderheitsdasein zwingt.

Unter den Autoren der israelischen Aufsätze befinden sich, man darf wohl sagen bedauerlicherweise, keine Vertreter der offiziellen Regierungspolitik. *Nahum Goldmann*, Präsident des jüdischen Weltkongresses und Führer der Zionistischen Weltorganisation, vertritt oft Anschauungen, die sich nicht mit denen der israelischen Regierung decken. Die anderen Autoren sind zum größten Teil Angehörige der Mapam (linke Sozialisten) und Mitarbeiter der dem jüdisch-arabischen Verständnis gewidmeten Zeitschrift *New Outlook*. Diese sind naturgemäß besonders darauf eingestellt, auf die arabischen Gedankengänge einzugehen. *Uri Avneri*, der damals alleinige Vertreter einer Fraktion im israelischen Parlament von 120 Mitgliedern — die Fraktion hat bei den Wahlen im Oktober 1969 einen zweiten Sitz erhalten — gibt seiner Kritik an der Regierungspolitik vollen Ausdruck, indem

er seinen Nicht-Zionismus betont und die Integration Israels mit der palästinensischen Nation befürwortet. Eine Darstellung über die Jahrtausende alte religiöse Verbindung der Juden mit dem Lande Israel (der Ausdruck „Erde Israel“ scheint mir eine unrichtige Übersetzung) ist sehr interessant.

Zusammenfassend sei gesagt, daß das Buch allen denen empfohlen sei, die einmal die Argumente und Gegenargumente der beiden Seiten in verschiedenen Beleuchtungen prüfen und so zu einem Verständnis der echten Problematik des Geschehens im Nah-Ost-Konflikt kommen wollen. Die gründliche Einleitung von *Heinz Abosch* hilft, die als Folge des Sechstagekrieges eingetretenen Verschiebungen und Verschärfungen in der Lage richtig zu erkennen. Nur eine kleine Bemerkung sei gestattet; die in den Anmerkungen des Übersetzers auf S. 365 gegebene Erklärung der Worte „aschkenasischer“ und „sephardischer“ Juden als Ost- und Westjuden ist unzutreffend; die den sogenannten Nahen Osten bewohnenden Juden (etwa von Bulgarien bis Indien) sind sephardisch, und fast alle deutschen, französischen, holländischen und englischen sowie die meisten amerikanischen sind aschkenasische Juden.

Dr. R. Sivron-Hoffnung

Helmut Dahm

Meuterei auf den Knien

Die Krise des marxistischen Welt- und Menschenbildes. Walter-Verlag, Ötten und Freiburg i. Br. 1969, 230 S., Ln. 24,— DM.

Helmut Dahm, hervorragender Kenner der sowjetischen und osteuropäischen Philosophie, Leiter der Forschungsstelle Ideologie am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, hat sich die Aufgabe gestellt, die Krise des marxistischen Welt- und Menschenbildes zu untersuchen. Die Materialfülle, die Dahm vor dem Leser ausbreitet, ist imponierend, die Bibliographie beinahe atemraubend.

Das Buch vermittelt einen wertvollen Einblick in die innermarxistischen Diskussionen über Geltung und Entwicklung des dialektischen und historischen Materialismus, über den Gegensatz zwischen einer scientistischen und einer humanistischen Interpretation der Marx'schen Theorie, über Entfremdung, Ideologie, Dialog und so manches andere mehr. Besonders wertvoll ist, daß Dahm eine Fülle von Texten sowjetischer Autoren heranzieht, die dem Nicht-Spezialisten schwer zugänglich sind und die — wenigstens zum Teil — beweisen, daß auch in der Sowjetphilosophie einiges in Bewegung geraten ist. So kann Dahms Buch als reiche Informationsquelle dienen.

Trotzdem wird man dieses Buches nicht froh. Das hängt wohl mit der eigenen ideologischen Position des Autors zusammen, dessen Tendenz, den Sozialismus ein für allemal abzuschreiben, allzuoft allzudeutlich durch die wissenschaftliche Analyse hindurchschimmert. Für Dahm gibt es im wesentlichen drei Arten oder Schulen des Marxismus: die „scientistische“, die „anthropologische“ oder „humanistische“ (auch die „hegelianische“ genannt) und die offizielle sowjetische, die nach Dahm weder scientistisch noch humanistisch ist, sondern diese beiden Richtungen gleichermaßen als Revisionismus verurteilt und zur „Meuterei auf den Knien“ (*Lenin*) zwingt.

Derartige Einschachtelungen sind immer etwas fragwürdig, da die Wirklichkeit sich bei näherem Zusehen als vielgestaltiger erweist — so gibt es z. B. „humanistische“ Marxisten, die Anti-Hegelianer sind —, und vor allem gerät Dahm in Widersprüche, wenn er den Scientismus vorwiegend mit dem Dialektischen Materialismus und den Humanismus vorwiegend mit dem Historischen Materialismus identifiziert. Als Dialektischer Materialismus gilt doch heute allgemein das von *Engels* und *Lenin* abgeleitete zentrale Dogma des sowjetischen Marxismus-Leninismus, aber nichts wird von nahezu sämtlichen Revisionisten so kategorisch abgelehnt wie eben dieser „Diamat“. Für Dahm aber scheint er die scientistische Richtung der Revisionisten zu verkörpern (S. 10). Was man in diesem Buche vermißt, ist eine eindeutige Abgrenzung eines modernen wissenschaftlichen, „scientistischen“ Denkens, wie es von einem Teil der marxistischen Revisionisten gepflegt wird, von der Pseudowissenschaftlichkeit und der Vulgärmetaphysik der Sowjetdoktrin. Fehlt diese Abgrenzung, weil für Dahm alle diese Schulen letztlich an dem einen Übel des Sozialismus kranken?

Merkwürdig ist weiter, daß für Dahm die Aufspaltung des modernen Marxismus in eine scientistische und eine humanistische Schule mit dem Jahre 1963 begann. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie Dahm zu diesem Geburtsdatum kommt. Selbst wenn man darüber hinwegsehen würde, daß es im Marxismus schon immer eine mehr humanistische und eine mehr scientistische Richtung gab — der Gegensatz ist schon in *Marx* und *Engels* angelegt —, müßte Dahm, der sich ja u. a. ausdrücklich auf die polnische Entwicklung beruft, doch wissen, daß ein *Kolakowski*, den er selbst zu den Humanisten zählt, seine explosiven Essays schon 1956 zu schreiben und zu veröffentlichen begann, und daß *Adam Schaffs* „Philosophie des Menschen“ in Polen schon 1960 erschien. In Jugoslawien wiederum begann die große innermarxistische Auseinandersetzung ebenfalls bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre.

Aber noch merkwürdiger scheint mir die von Dahm einer zweiten Jahreszahl zugesprochene Bedeutung zu sein. Dahm spricht nämlich

von einer „Artikulation des ‚scientistisdien‘ und des anthropologischen‘ Schuldenkens der marxistischen Philosophie von 1963 (dem Zeitpunkt des Beginns) bis zum Ende des Jahres 1968 (dem Zeitpunkt des Scheiterns)“. Dieses Scheitern der revisionistischen Theorien soll einerseits die sowjetische Intervention in der CSSR verursacht haben, andererseits aber waren diese Theorien offenbar von allem Anfang an zum Scheitern verurteilt, denn Dahm erklärt am Schluß seines Buches unter Hinweis auf die Theorien der tschechoslowakischen Reformen, „daß ein Gelingen derartiger Versuche nicht im Bereich realisierbarer Möglichkeiten liegt und liegen kann, es sei denn, der herrschende . Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung nehme seine eigene Preisgabe in Kauf. Als ob es nicht gerade das Hauptziel der tschechoslowakischen Reformen gewesen wäre, den „herrschenden Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung“ aufzuheben und durch die neue Konzeption eines demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu ersetzen! Dahm scheint zu jenen Antisozialisten zu gehören, die Stalinisten mit umgekehrtem Vorzeichen sind, da für sie Sozialismus nur als Stalinismus oder zumindest als eine „auf monokausalen Steuerbefehlen und Informationsabläufen“ beruhende Ordnung denkbar ist. Daß er den Einfall sowjetischer Panzer als Scheitern der tschechoslowakischen Reformen-Philosophie interpretiert, zeugt von einer merkwürdig monokausalen Art, Theorie und Praxis miteinander in Verbindung zu bringen, und man muß sich fragen, ob da nicht der „Wunsch der Vater des Gedankens war.

Und was das von Dahm offenbar als *fait accompli* angenommene „Scheitern“ anbelangt: glaubt er denn wirklich, daß die *Kolakowski*, *Baczko*, *Baumann* und *Schaff*, die *Machovec*, *Prucha*, *Kalivoda* und *Gardavsky*, die Jugoslawen der „Praxis-Gruppe, die *Garaudy*, *Lombardo-Radice*, *Luparini* — um nur diese zu nennen — nun auf den Knien rechtsumkehr machen und zum Kreuze der sowjetischen Panzerreligion kriechen werden?

Dr. Arnold Künzli

George W. F. Hallgarten

Als die Schatten fielen

Memoiren 1900—1968. Verlag Ullstein, Berlin 1 $\frac{1}{2}$ 9. 368 S., Ln. 25,— DM.

„Erinnerungen vom Jahrhundertbeginn bis zur Jahrtausendwende“ nennt der Verfasser, der bekannte soziologisch orientierte, aus der Schule *Max Webers* kommende, aber in manchem auch vom Marxismus beeinflusste Historiker George W. F. Hallgarten sein Memoirenwerk. Hallgarten war früher Deutscher, ist heute Amerikaner und hat seiner

neuen Heimat in wichtigen universitären und Regierungsfunktionen gedient, ohne jemals seine pazifistischen und fortschrittlichen Ansichten aufzugeben; ja er hat ihnen zuliebe manchen harten Unterbruch seiner Laufbahn auf sich genommen. Aber seine Werke über den „Imperialismus vor 1914“ und über „Das Wettrüsten“ haben international viel Beachtung gefunden.

In seinem Erinnerungsbuch erzählt Hallgarten breit von seiner in München verbrachten Jugend und von seinen durch sein Familienmilieu begünstigten Begegnungen mit *Thomas* und *Heinrich Mann*, mit den Kindern des ersteren, mit *Bruno Walter*, *Hans Pfitzner* und manch anderen, im kulturellen Leben der damaligen bayerischen Hauptstadt führenden Persönlichkeiten, zu denen auch manche seiner Universitätslehrer zu rechnen sind. Er zeichnet auch das Bild seines Schulkameraden, des berühmten *Heinrich Himmler*, dessen politische Entwicklung freilich die einstige Schülerfreundschaft schnell in die Brüche gehen ließ.

Nicht geringer ist die Zahl der markanten Politiker, mit denen Hallgarten im Zug seines Wirkens in dem die Reaktion an den deutschen Hochschulen bekämpfenden „Kartell Republikanischer Studenten“ oder später als Zeitgeschichtler zu tun hatte. *Rudolf Hilferding* und *Rudolf Breitscheid* befinden sich darunter, *Eduard Herriot*, *Joseph Caillaux* und *Coudenhove-Calergi*. Mit den prononciert antifaschistischen Kämpfern innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, mit *Carlo Mierendorff* und *Theodor Haubach*, verband ihn enge Freundschaft.

Das Deutschland vor, während und nach dem ersten Weltkrieg bis 1933 bildet den Hintergrund dieses Erinnerungsbuches, das durch die Einfügung von sehr viel Privatem und Persönlichem Farbe und Überzeugungskraft gewinnt und dessen im alten Deutschland spielende Kapitel für den europäischen Leser besonders interessant sind.

Als kleine Probe für die Gesinnung des Autors seien aus seiner amerikanischen Zeit die Schlußworte eines Vortrags zitiert, den er in einem Franziskanerkloster in der Nähe Washingtons gehalten hat und mit denen er auch dieses Memoirenwerk abschließt: „Es ist an dir, du kommende Generation, dafür zu sorgen, daß nicht in einigen Jahren ein paar einsame Franziskaner oder Dominikaner ihren Rosenkranz in den traurigen Trümmerfeldern beten, die einst New York, Paris, London oder Berlin genannt wurden, sondern daß das ungeheure Potential an menschlicher Energie, das in den zerstörenden Höllenbomben investiert ist, dazu freigemacht wird, um unsere Erde in einen Wundergarten menschlicher Erfindungsgabe zu verwandeln.“

Walter Gyssing

25 Jahre danach

Almanach 1970 der Gewerkschaft Textil-Bekleidunf». Herausgeber: Gewerkschaft Textil-Bekleidune, Hauptvorstand. Redaktion: Heinz Eßlinger. Düsseldorf 1969, 115 S.

Der 13. Almanach der Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat seine Beiträge unter das Thema „25 Jahre danach“ gestellt. Nicht daß sich Autoren und Herausgeber der Illusion hingeben, sie könnten eine »literarische Bilanz von einem Vierteljahrhundert deutscher Geschichte“ vorlegen: „Vielmehr handelt es sich um den Versuch, durch einige Dutzend Momentaufnahmen einen Teil jenes Bildes sichtbar zu machen, das sich deutsche Nachkriegszeit nennt. Durch die Gegenüberstellung von Bildern und durch die Kombination von Textbeiträgen werden Entwicklungen und Veränderungen, Parallelen und Wechselbeziehungen aufgezeigt. Jeder Autor hat einen anderen Blickwinkel, aber dennoch weist das Bild einheitliche Züge auf: Es ist kein Blick zurück im Zorn, sondern die kritische Bestandsaufnahme einer skeptischen Generation. Denn die Zufriedenheit ist der Feind des Fortschritts.“

Diese Worte von *Heinz Eßlinger*, dem Redakteur von Textil-Bekleidung und des Almanachs, zeigen, daß es diesmal darum geht, die Veränderungen in 25 Jahren unserer Gesellschaft sichtbar zu machen. Dies geschieht, wie in den früheren Almanachen, durch Autoren, die teils selbst Arbeiter und Angestellte sind, teils bekannte Schriftsteller, aber auch junge Talente, die noch um Anerkennung ringen. Diese Trias hat bisher — symptomatisch für die soziale Literatur unserer Tage — stets instruktive Einblicke in die Probleme des Arbeitsalltags gebracht.

Auch dieses Heft mit 33 Textbeiträgen, teils in Prosa, teils in Gedichten, den Zeichnungen von *Ottokonrad Sagebiel* und den Pressefotos der verschiedensten Agenturen und Fotografen, vermittelt wieder Eindrücke aus einer Welt, die eher unbekannt ist und daher lieber verschwiegen wird. Da wird nichts Großartiges geboten, nichts Revolutionäres, sondern schlichte Wahrheiten, an denen wir oft vorbeigehen, um sie sofort wieder zu vergessen. Hier sind sie festgehalten.

Nach 25 Jahren wird ein alter Nazi von seinem eigenen Sohn zur Strecke gebracht, unterstützt von seinem Großvater. So nehmen die alte Generation und die ganz Jungen das sog. Establishment auf die Hörner: voll Haß die einen, ungerührt und doch frohlockend die anderen (*Philip Wiebe*: Ein Monstrum).

Auf dem Dorf wird der Schützenkönig gewählt. Die größten Chancen, weil bester Schütze, hat ein Italiener, der in einen einheimischen Hof eingehiratet und ihn wieder hochgebracht hat. Aber können die Honoratioren des Dorfes das zulassen? Nein, also

wird ein bißchen geschummelt und lieber kein Bauer, aber doch ein Einheimischer gewählt (*Josef Reding*: Pahlhusener Vogelkunde).

Einer, ein Lehrer, hat es satt, sich manipulieren zu lassen und bricht aus: unterschreibt Eingaben, macht bei Demonstrationen mit und ermuntert seine Schüler zu kritischem Denken. Aber die Methoden, gegen die er sich wehrt, sind bereits überholt und, ohne daß er es merkt, wird er mit subtileren integriert (*Hiltrud Anlauf*: Der Außenseiter). Einem anderen gelingt es — fürs erste — sich zu distanzieren (*Heinz Albers*: Die Einladung).

Die Versager, die Alten, die Spießer, die Unzufriedenen, sie erzeugen ein bestimmtes soziales Klima:

Stimmlos I standen wir dem Taktstock I eines Dirigenten gegenüber, I Lustlos tanzten wir I nach den Flötentönen / seines Orchesters. I Jetzt halten wir die Instrumente / in den Händen I und es liegt an uns I die richtigen Töne I zu greifen.“

So beschreibt es *Kurt Rütther* in dem Gedicht „Demokratie“.

Was hier noch offen bleibt, ist bei *Liselotte Rauner* in dem Gedicht „Ein Ernstfall“ entschieden:

„Unser Mut I heißt Mut zu Mode / unsere Kraft I heißt Kaufkraft I unsere Bildung I heißt Vermögensbildung I unser Bewußtsein I heißt Verbraucherbewußtsein I unsere Moral I heißt Arbeitsmoral I unser Verständnis / heißt Einverständnis I unser Wille I heißt nicht Wille zur Macht I unser Fall I ist ein Ernstfall.“

So ist unsere Gesellschaft „in 25 Jahren danach“ geworden: durchschnittlich. Die unpräzise Art, auf die das hier sichtbar wird, beweist, daß realistische Dichtung durchaus nicht überflüssig geworden ist.

Anne-Marie Fabian

Gewerkschaftliche Notizen

Christian Fette feierte am 1. Februar 1970 seinen 75. Geburtstag; Fette, der seit frühester Jugend im Verband der Deutschen Buchdrucker tätig war, gehörte 1945 zu den Männern „der ersten Stunde“ beim Neuaufbau der deutschen Gewerkschaften; 1948 wurde er zum 1. Vorsitzenden der neugegründeten Gewerkschaft IG Druck und Papier und nach dem Tode von Hans Böckler zum DGB-Vorsitzenden gewählt.

Der nach dem neuen Berufsbildungsgesetz errichtete Bundesausschuß für Berufsbildung wählte in seiner konstituierenden Sitzung in Bonn *Maria Weber*, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, zu seiner Vorsitzenden.

Der britische Gewerkschafter *Francis Kenny*, der in der schweren Zeit nach 1945 in der für Arbeitsfragen zuständigen Abteilung der britischen Militärregierung in Düsseldorf eng mit Hans Böckler zusammenarbeitete und zuletzt als Arbeitsattache bei der britischen Botschaft in Bonn tätig war, feierte — im Ruhestand in Bad Godesberg lebend — am 6. Februar 1970 seinen 70. Geburtstag.

Den Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1970 erhalten Prof. *Heinrich Rodenstein*, langjähriger 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und vielfach verdienter Kulturpolitiker, und Prof. *Heinrich Roth*, Ordinarius für Pädagogik an der Universität Göttingen. Die Übergabe des Preises findet am 12. Mai 1970 im Rahmen der Ruhrfestspiele in Recklinghausen statt.

Helmut Wickel, von 1954 bis 1962 Chefredakteur der Publikationen der IG Chemie — Papier — Keramik, dann bis zu seiner Pensionierung Leiter der Abteilung Wirtschaftsbeobachtung beim Hauptvorstand dieser Gewerkschaft, ist am 1. Februar 1970 im Alter von 66 Jahren gestorben; die Verfolgungen durch die Nationalsozialisten, die den aufrechten Sozialdemokraten und Gewerkschafter ins Konzentrationslager warfen, und die Entbehrungen während der Emigrationsjahre hatten seine Gesundheit untergraben. Als Autor

mehrerer Bücher und als Verfasser gewerkschaftspolitischer Aufsätze (die u. a. in dieser Zeitschrift erschienen) hat Helmut Wickel sich stets für seine profilierten Ansichten engagiert.

Fritz Schreiber, Hauptkassierer der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, seit seinem 15. Lebensjahr in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, vollendete am 5. Februar 1970 sein 65. Lebensjahr.

Die Vertreter von 750 000 Lehrern aus den Gewerkschaften der EWG-Staaten gründeten am 23. und 24. Januar 1970 einen Europa-Ausschuß, der die Forderungen (gemeinsame Politik für den Ausbau und die Demokratisierung des Schulwesens) und die Interessen der Lehrer in der EWG in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Bund Freier Gewerkschaften in der EWG vertreten soll. *James Marange* vom französischen Lehrerverband FEN wurde zum Vorsitzenden und *Andre Braconnier*, Generalsekretär des Internationalen Berufssekretariats der Lehrer, zum Sekretär gewählt.

Der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, *Harm G. Buijer*, forderte vom Arbeitsminister Nicaraguas die Anerkennung des Demokratischen Einheitlichen Gewerkschaftsbundes CUS, den die Delegierten von 17 Gewerkschaften Nicaraguas gegründet haben.